

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

98. Jahrgang.

Zeitung täglich
mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.
Preis vierteljährlich
mit Trägerlohn
RM. 2.10, im Bezirks-
und 10-Km-Bereich
RM. 2.10, im übrigen
Württemberg RM. 2.20
Monats-Abonnement
und Bezahlung.

Anzeigen-Bezahlung
für die einspalt. Zeile auf
gewöhnl. Schrift oder
breiter Raum bei ein-
seitiger Einrückung 15 Pf.
bei mehrmaliger
entprechend höher.
Fernsprecher 27.
Postfach 111.
6119 Stuttgart.

M 33

Montag, den 10. Februar

1919.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Zweite Sitzung.

Freitag, 7. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr.

Am den Tischen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen Ebert, Noske, Wiesel, Erzberger, Schiffer und andere.

Um 3 1/2 Uhr eröffnete der Alterspräsident, Abgeordneter Pionnuch (Soz.), die Sitzung. Zunächst wird eine große Anzahl von

Begrüßungstelegrammen und Adressen verlesen, die an die deutsche Nationalversammlung gerichtet sind.

Im Namen der Stadt Frankfurt am Main, die das erste deutsche Parlament in ihren Mauern aufnahm, begrüßt den Magistrat und Stadtvorstand die Nationalversammlung.

„Brüderliche Grüße sendet in der bestimmten Erwartung baldigen Anschlusses von Deutsch-Ostreich die provisorische Landesversammlung von Kärnten.“

„Christliche Grüße mit dem Wunsch, daß bald die Stunde der Befreiung der deutschen Brüder in Elsaß-Lothringen, in Schlesien, Polen, Westpreußen, an der Drau und an der Mur, salogen möge, senden die Altdeutschen in Steiermark.“

„Der neuen politischen Parteikräfte Deutschlands sendet seine Grüße der Rektor der Universität Graz.“

„Auffrischende Grüße senden die deutsch-schlesische Partei in Tschechien, für Oberkärnten die Nachgeladene Spital u. o. m.“

Weiter wird eine von der deutsch-böhmischen Landesversammlung am 19. Januar 1919 beschlossene Rundgebung an die deutsche Nationalversammlung, deren Inhalt vom Hause mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen wird, verlesen. Ein Telegramm erbietet als ersten Beschluß der Nationalversammlung die Absetzung aller Arbeiter- und Soldatenräte (Beifall rechts, Pfusse links und Unruhe) zu beschließen und Generalsekretariat von Hindenburg zum provisorischen Präsidenten zu wählen. (Beifall rechts.)

Schließlich ergibt ein Telegramm im Namen vieler Auslandsdeutscher Walter Rathenau zum Präsidenten Deutschlands vorzuschlagen, große Heiterkeit.

Alterspräsident Pionnuch: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein, Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Für die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten ist § 9 Absatz 2 und 3 der Geschäftsordnung maßgebend.

Schriftführer Abgeordneter Dr. Pfeiffer liest die Liste beim Namensaufruf. Alterspräsident Pionnuch verhandelt das Ergebnis der Präsidentenwahl.

Von den abgegebenen 399 Stimmen haben erhalten: Dr. Dand (Soz.) 374 (Beifall), Dr. Cohn (U. S.) 1, Dr. Heineke (Deutsche Volksp.) 1, Ehrenbach (C. H. Volksp.) 1; 22 Stimm wurden unbeschrieben abgegeben. (Zwischenruf: Aha, die Unabhängigen.)

Abgeordneter Dr. Dand wendet auf die Frage des Alterspräsidenten: Ich nehme die Wahl an. Er nimmt hierauf den Präsidentenstuhl ein und richtet an die Versammlung folgende Ansprache:

Meine Damen und Herren! Ich glaube in Ihrer aller Sinn zu handeln, wenn ich unserem verehrten Alterspräsidenten meinen herzlichsten Dank für seine Tätigkeit ausspreche. (Beifall) Ich danke Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Präsidenten bewiesen haben. Es ist ein schweres, verantwortungsvolles Amt. Ich will es gerecht und unparteiisch wahrnehmen. (Beifall) Ich will mit besten Kräften bemüht sein, der schwierigsten Aufgabe gerecht zu werden, die Geschichte dieses Hauses zu betreten und zu fördern. Ich möchte es aber nicht wagen, das zu übernehmen, wenn ich nicht dabei auf Ihren guten Willen, auf Ihre kollegiale Mithilfe rechnen dürfte. Nur im Vertrauen auf diese Übernehmung die Führung der Geschäfte. Schwierige Aufgaben haben unser Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zermürbt und zerschlagen. Der alte Bau ist zusammengefallen, wir sollen einen neuen errichten. Dieser Neubau soll ein besseres, wohlhaberes Haus für unser Volk sein, als das alte es war. Dieses Haus soll eine Stätte des freien Wortes sein. Der Präsident hat darüber zu wachen, daß dem so ist. Aber dieses Haus soll auch eine Stätte der freien Unterordnung sein des Einzelnen unter den Willen und das Werk der Gesamtheit. Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reifes Deutschland ist. (Beifall.) Hart werden die Meinungen aufeinander prallen, aber nie sollen wir vergessen, daß die Augen der Millionen, die uns hierhergeschickt haben, ja die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet sind.

Meine Damen und Herren! Neben der großen Aufgabe des Verfassungsgebens sollen und müssen wir die noch schwerere Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Angriff nehmen. Auch hier soll Neues, Besseres an die Stelle des Alten gesetzt werden. Die Zukunft zeigt uns ein Volk, das in allen seinen Schichten ein Kulturvolk ist. Ein solches Ideal birgt eine gewaltige Kraft in sich. Das Schicksal der Millionen nach Formen kultureller Gleichberechtigung findet in ihm seinen Ausdruck. Nur wer das versteht, wird ohne Haß und Furcht dem Drängen der Arbeitermassen gerecht werden. Demokratie und soziale Gerechtigkeit werden, werden das deutsche Gesellschaftsgefüge im deutschen Land und deutschem Volk mächtig stärken lassen.

Zum deutschen Land und zum deutschen Volk gehört bis zur Stunde auch Elsaß-Lothringen. (Beifall) Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß dort die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verhindert worden sind. Wir werden dem elsass-lothringischen Volke unseren Gruß und werden nicht aufhören zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung über seine nationale Zugehörigkeit gewährt wird, wie es in den Wilsbacher Grundgesetzen ausgesprochen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Und zu diesem deutschen Land und Volk gehört auch der deutsch-österreichische Bruderstamm. (Beifall und Händeklatschen.) Die Begeisterung, mit der alle Rundgebungen zu seinem Wiederanschluß hier aufgenommen sind, legt Zeugnis ab, wie sehr diese Wiedervereinigung dem ganzen deutschen Volk Herzenssache ist. (Beifall) Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutsch-Osterreichs in nicht allzu ferner Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die Arbeit der Nationalversammlung soll die Freude unseres Volkes an seinen politischen und sozialen Einrichtungen erhöhen. Die Nationalversammlung sei das weithin sichtbare Zeichen eines neuen großen nationalen Willens. So möge denn von Weimar eine Flamme ausgehen, die die Herzen unseres Volkes erwärmt, die seine Seele erleuchtet in dieser düsteren Zeit, um mit neuem Lebensmut und neuer Kraft aus dem finsternen Tale der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer lichteren und glücklicheren Zukunft. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es folgt die Wahl von drei Vizepräsidenten mit gleichen Rechten. Abg. Gröber (Zic.) Ich schlage vor, alle drei Vizepräsidenten in einem Wangang zu wählen. Da ferner, wie ich „durch die Stimme“ (auf das Blumenblatt vor der Rednertribüne weisend, Heiterkeit) so sagen kann, eine Verständigung unter den Parteien ergibt ist, so schlage ich vor, die Wahlen durch Zufall vorzunehmen. Abgeordneter Hoese (U. S.) widerspricht diesem Vorschlag, so daß die Wahlen durch Zettelabgabe erfolgen mußten. Das Ergebnis der Wahl ist, daß zu Vizepräsidenten gewählt werden Abgeordnete Ehrenbach (3.) mit 374 Stimmen, Hausmann (D. V.) mit 374 Stimmen und Dietrich (Deutschnat. P.) mit 358 Stimmen. 25 Stimmen waren unglücklich. Die gewählten Abgeordneten erklärten, daß sie die Wahl annehmen. Es folgt die Wahl von 3 Schriftführern. Die Wahl findet ebenfalls durch Zettelabgabe statt. Der Präsident liest das Haus um die Ermächtigung des Ergebnisses der Abstimmung durch die Schriftführer nach Schluß der Sitzung ermitteln zu lassen. Die Ermächtigung wird erteilt. Nächste Sitzung Samstag 3 Uhr, I. O. Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Schluß nach 1/8 Uhr.

Das Faustrecht des Streiks.

Gegen das in Deutschland rasende Streikfeber scheint kein Kraut gewachsen zu sein. Die bewegten Meinungen der regierenden Männer verhallen im Wind; ihre Gesinnung, die sich jahrzehntelang auf den kommenden großen Tag der „proletarischen Idee“ verließen ließ, will nun unbedingt die Früchte des Sieges sehen. Und zwar sofort. Es hilft nichts, daß der Reichskanzler in Person, daß alle seine Gehilfen mit den stärksten Worten den Lohnmahnplan, die Arbeitslosigkeit vorantreiben und bereits vor schroffen Zwangsmassnahmen sprechen. Man laßt ihnen ins Gesicht, läßt sich der Herrschaft über diese Führer allzu sicher. Durch das Radikalmittel des Streiks ist den Arbeitern, in einer verhältnismäßig kleinen Zahl von ihnen die Möglichkeit gegeben, die gesamte Wirtschaftsmaschine mit ihrem Ruck zum Stillstand zu bringen. Unter der

alten Ordnung gab es Gegenwirkungen, die jetzt aber wegfallen, und so ist das ganze Volk der Willkür einer Handvoll Entschlossener überantwortet, die nur darauf können, aus dem gegenwärtigen Durchwärtigen abenteuerlich hohe Reue lausangehörige für sich zu ziehen. Irigendwelche Rücksicht auf die Gesamtheit wird nicht genommen. Je brutaler man sie bei der Reue packt, desto sicherer ist ja der Erfolg des Ausstandes.

Der Streik der Elektrizitätsarbeiter kann als Schulbeispiel dazu dienen. Als die Elektrizitätswerke, die dekononisch der Stadtgemeinde, nicht einem kapitalistischen Unternehmen gehören, die überaus gestiegenen neuen Lohnforderungen nicht ohne weiteres annehmen, war die Stadt eine Stunde später ohne Licht und Kraft. Man mußte kapitulieren. Ähnlich leicht fällt naturgemäß der Sieg den Arbeitern anderer lebenswichtiger Betriebe. Der ungeheure, den Zusammenbruch erzwingende Förderungsübergang unserer Kohlenbergwerke läßt keinen Widerstand gegen die Streikenden und die Streikdroher zu. Werden ihre Bedingungen, selbst die ausserordentlichen, nicht bewilligt, so hat die deutsche Wirtschaft binnen wenigen Wochen ausgelitten, kommt alles Schaffen in Fabriken und Haus zum Erliegen. Noch nie vereinigte ein Tyrann so sichtbare, unbegrenzte Gewalt in seiner Hand, wie es heute die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe tun.

Hätte ein Kapitalist der Vergangenheit es je gewagt, seine Macht derart unerschüttert und schrankenlos zu zeigen, sie in dieser rücksichtslosen Weise auszunutzen, so wäre die Staatsgewalt mit festem Griff dazwischengeschritten. Aber den Kapitalisten lag schon im wohlverstandenen eigenen Interesse solcher Mißbrauch fern. Wie hätte er es, der öffentlichen Meinung gegenüber, verantworten können, einer Meuterei plötzlich den elektrischen Strom abzuschneiden und damit Hunderttausende zur Unfähigkeit zu verdammen, wie hätte er die Bedeutung der Kohle vorerhalten dürfen, die heute so wichtig wie das liebe Brot ist? Arbeiter dagegen tun es, ohne sich zu bedenken. Sie meinen ja nichts zu verlieren zu haben. Und sie machen von einem anerkannten, jetzt überhaupt unantastbar gewordenen Rechte Gebrauch.

Ist diese Unantastbarkeit aber heute nicht ein Unfug? Darf das Recht des Streiks auch in Zukunft noch Willkür angewandt werden, hat es noch seinen Platz in der neuen Wirtschaft? Es war eine velleicht nützliche, wenn auch zweifelhafte Waffe des Arbeiters, solange kapitalistische Uebermacht auf ihn drückte! Heute in der sozialistischen Republik, läßt sich nicht nur die sozialistische Obrigkeit, sondern der Wille des Volkes, der unbedingt herrschendes Recht ist, den Arbeiter vor aller Willkür. Im neuen Staat sichert dieser Volkswille jedem Arbeit und ausreichenden Ertrag seiner Arbeit. Damit hat der Streik jede nützliche Berechtigung verloren. Er entspringt sich als eine schwere Gefahr für die Gemeinwirtschaft, als ein unsagbar rohes Mittel in der Faust rücksichtsloser Expreser. Alle Lohnstreikigkeiten gehören hinfort vor Schiedsgerichte; so wenig sich jemand, den ordentlichen Richter mißachtend, mit der Faust sein Recht holen darf, so wenig ist von nun an der Streik zulässig. Er muß aus der Sozialwirtschaft verschwinden.

Die Regelung wird nicht stark genug sein, diese Forderung der Willkür durchzuführen. Um so dringender Aufgabe der Nationalversammlung scheint es, dem großen Faustrecht rasch ein Ende zu machen und die deutsche Wirtschaft vor verberberischen Expresungen zu schützen.

Württemberg und Hohenzollern.

Unter der Ueberschrift „Württembergische Lebenswichtigkeiten“ befaßten sich die hohenzollernischen und auch ein Teil der württembergischen Blätter mit der Verteilung der „vielen“ Millionen der Fleischverforgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern zwischen Württemberg und Hohenzollern. Dabei wird behauptet, daß für den 9. März des Hohenzollern zuhomnenden Anteils von Württemberg weder Abrechnung noch ein vertragsmäßiger Anspruch zugestimmt werde. Dies ist unrichtig.

Nachdem sich die Revision einer schon früher getroffenen Vereinbarung als notwendig erwiesen hat, hat die die die Fleischverforgungsstelle schon vor längerer Zeit dem Herrn Regierungspräsidenten in Sigmaringen den Abschluß einer neuen Vereinbarung vorgeschlagen, nach der Hohenzollern seinen Anteil an den tatsächlichen Viehlieferungen entsprechend, also mit etwa 4 1/2%, an den Ueberschüssen beteiligt werden soll. Das Vertragsanerbieten der Fleischverforgungsstelle ist wegen Meinungsverschiedenheiten über die Beteiligung Hohenzollerns an einigen Einrichtungen der



Fleischversorgungsstelle und an der Zuwendung für Hohenheim noch nicht endgültig zustande gekommen. Die von der Fleischversorgungsstelle geschaffenen größeren Einrichtungen stehen Hohenzollern ebenso zur Verfügung wie Württemberg. Dies gilt insbesondere für die Veredelungsanstalten, deren Errichtung von Anfang an im Benehmen mit dem Regierungspräsidenten in Sigmaringen und unter Einbeziehung der hohenzollerischen Landesstelle erfolgt ist. Ebenso steht die Rugschlagmühle Laupheim, die Hohenzollern wesentlich näher liegt als großen Teilen Württembergs, für das ganze Wirtschaftsgebiet Württemberg-Hohenzollern zur Verfügung. Was schließlich die Zuwendung der Fleischversorgungsstelle an die Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim betrifft, so soll diese Zuwendung namentlich dem Ausbau der Einrichtungen für die Förderung der Viehzucht dienen. Der Nutzen dieser Einrichtungen wird Hohenzollern ebenso zugute kommen, wie Württemberg, wie schon bisher die Einrichtungen in Hohenheim den hohenzollerischen Landwirten zur Verfügung ebenso freistanden, wie den württembergischen. Bei dieser Sachlage kann die Fleischversorgungsstelle das Verlangen nicht für gerechtfertigt halten, daß für die Berechnung des an Hohenzollern seinerzeit fallenden Uberschusses die Aufwendungen für Hohenheim als ausschließliche Württemberg zugutekommend behandelt werden müssen. Die Fleischversorgungsstelle hofft, durch die erst kürzlich wieder dem Regierungspräsidenten in Sigmaringen angebotene mündliche Verhandlung über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten hinwegzukommen und möchte nachdrücklich betonen, daß sie Hohenzollern niemals Anlaß geben wird, seine vertragsmäßigen Ansprüche auf dem Prozeßweg erheben zu müssen.

Tagesneuigkeiten.

Die Lage im Osten.

Ramisch 8. Febr. Der deutsche Volksrat veröffentlicht folgenden Gelechtsbericht des Abschnittskommandeurs: Am 6. Februar um 5 Uhr nachmittags rief der Feind Friedrichswiller erneut an. Durch die Volkswehr Friedrichswiller und Teile der Garulionskompagnie Ramisch wurde er abgewiesen. Es gelang ihm nur, den Friedhof zu besetzen. Abends beschossen wir den sehr lebhaften feindlichen Verkehr bei Grünborn und Wydomy. Die Nacht war ruhig. Am Vormittag des 7. Febr. gingen Jäger mit Begleitbatterien der Sanner Bürgerwehr und Pionieren unter kräftiger Unterstützung der übrigen Artillerie zum Angriff auf Sarne vor. Kirchhof Friedrichswiller, Karlsruhe und Bornwerk Folang wurden genommen. Um 12 Uhr mittags waren die Stadt Sarne und Sarnowko wieder in unseren Händen. Die beiden aus Lissa zur Unterstützung geschickten Panzerzüge haben hervorragenden Anteil an der Wiedereroberung. Flieger aus Lissa beteiligten sich am Kampf.

In den Bremer Kämpfen.

Bremen, 8. Febr. „Bismarck's Büro“ meldet: Bislang haben die Regierungstruppen 10 schwere Maschinengewehre und 9 leichte, 1 Feldkanone und eine Anzahl von Infanterie- und Selbstgeschützen erbeutet. Die Verluste der Regierungstruppen betragen bei der 3. Landerschützenbrigade 7 Tote und 27 Verwundete, bei der Matrosenbrigade 8 Tote und 11 Verwundete, beim Freikorps Cospart 4 Tote und 19 Verwundete, im ganzen 19 Tote und 27 Verwundete.

Bremerhaven besetzt.

Frankfurt, 7. Febr. Nach Meldungen der „Frankfurter Nachrichten“ aus Verden a. Aller ist gestern Abend auch Bremerhaven von Regierungstruppen besetzt worden. Die Kommunisten gaben nach einzelnen Volltreffern der Regierungstruppen den Kampf auf. Aber auch auf den Werften wurde mehrfacher Widerstand geleistet, sie sind aber gleichfalls seit gestern Abend in den Händen der Regierungstruppen.

Graf Karolyi.

Berlin, 7. Febr. Über das Verhalten des Grafen Karolyi bei der Verschleppung des Generalfeldmarschall von Mackensen, von Budapest nach seinem jetzigen Aufenthaltsort Jutich sind folgende Einzelheiten bekannt geworden: Graf Karolyi hatte den Generalfeldmarschall von Mackensen vor Zeugen zugesichert, daß das Oberkommando unter dem Schutze der ungarischen Regierung stehe, und daß diese, falls trotzdem ein Zugriff der Franzosen zu besorgen wäre, dem Generalfeldmarschall rechtzeitig in Kenntnis setzen werde. Gleichwohl ist dem Generalfeldmarschall vor seiner Verschleppung keinerlei Mitteilung von der ungarischen Regierung zugegangen. Dagegen hat der französische Kommandant Oberstleutnant Gaspereau erklärt, daß die ungarische Regierung von den französischen Absichten Kenntnis gehabt habe. Wenn diese Erklärung der Wahrheit entspricht, so hat der ungarische Ministerpräsident Karolyi sich eines Wortbruches in schriftlicher Form schuldig gemacht.

Die Erschießung der Großfürsten.

Amsterdam, 8. Febr. Einem hiesigen Blatte zufolge wird der „Times“ aus Helsingfors gemeldet, daß die Hinrichtung der 4 russischen Großfürsten am 28. 1. 1919 auf dem inneren Hofe des Besatzungslagers von Verlabinsk, einer Vorstadt von Petersburg, stattfand. Außer den Großfürsten wurden noch 172 andere Personen erschossen und zwar 144 Männer und 28 Frauen, die von den Bolschewisten beschuldigt wurden, an der sogenannten englisch-französischen Organisation teilgenommen zu haben. Alle Großfürsten

starben würdevoll. Großfürst Nikolai Michaelowitsch war so krank und durch Hunger geschwächt, daß er auf einer Tragbahre auf den Hof getragen und in dieser Weise erschossen werden mußte. Die Erschießung fand am frühen Morgen bei einer Kälte von 17 Grad unter Null statt und wurde durch eine Abteilung Matrosen und Chinesen in Gegenwart der Uboerordenlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution vorgenommen.

Hungerrevolten im Elsaß.

Bern, 7. Febr. W.S. Der „Berner Bund“ entläßt Berichte über Hungerrevolten. Im Elsaß hat die große Lebensmittelknappheit zu Plünderungen auf den Wochenmärkten, in den Reggereien und Bäckereien geführt. Von der durch Soldaten verstärkten Gendarmerie wurden 100 Personen verhaftet. Die elssässische Presse ersucht die französische Regierung, Lebensmittel zu senden und Arbeitstage zu beschaffen, da es sonst zu weiteren und größeren Ausschreitungen kommen könne.

Die Rieler Krawale.

Riel, 8. Febr. Die beiden Führer des Roten Soldatenbundes in Riel, Blume und Wallach, sind heute verhaftet worden. — Der über Riel verhängte Belagerungsstand ist heute wieder aufgehoben worden. Gestern Abend drang eine Abteilung Bismarcktruppen, in die Geschäfte der „Republik“ des Organes der hiesigen U.S.P. ein. Wie die Republik angibt, wurden dabei Manuskripte und sonstige Geschäftsunterlagen sowie Sejmmaterial, darunter auch fertiger Satz für die heutige Zeitung, teils durcheinandergeworfen, teils völlig unbrauchbar gemacht. Eine große Anzahl von Zeitungen, Manuskripten und anderen Gegenständen wurden auf die Straße geschlept und verbrannt.

Die Lage im Osten.

Berlin, 8. Febr. W.S. Die Oberste Heeresleitung meldet für die Lage im Osten: A.O.R. Nord. Keine besonderen Ereignisse. Romul ist von uns geräumt. Polen und Ukrainer kämpfen jetzt um seinen Besitz. A.O.R. Nord. Störke polnische Angriffe in Gegend von Ramisch. Anfangs erfolgte der Polen wurden durch einen deutschen Gegenangriff ausgeglichen, der uns wieder in den Besitz Schlüssel beim Angriff verlorener Ortschaften brachte. Im Regeregebiet ist es uns gelungen, die Ortschaften Kosmar und Margonin (südlich Schneidemühl) zu besetzen. Dagegen schlug ein eigener Vorstoß zur Besetzung des Dorfes Czyn fehl. Schubin südwestlich Bromberg wurde von uns infolge des polnischen Druckes geräumt.

Die Berner Sozialistenkonferenz.

Bern, 8. Febr. Der weitere Gang der Berner internationalen Sozialistenkonferenz wird von der ganzen bürgerlichen Pariser Presse mit wachsendem Mißbehagen betrachtet. Der Temps schreibt, daß die Sozialisten aller Länder, mit Ausnahme der ganz rechts stehenden französischen, die Frage der Verantwortlichkeit umgingen, um die Einheit der Internationale nicht zu gefährden, was dazu führte, daß die deutschen Mehrheitssozialisten die These von der Nichtschuld mit wachsender Rührtheit verteidigen könnten, ob man es wolle oder nicht. Sie blieben die Komplizen des preußischen Militarismus, mit denen man nicht diskutieren könne, sondern die man verurteilen müsse. Wenn die französischen Sozialisten in ihrem Protest ihrerseits wirklich jede Verantwortung ablehnten, so müßten sie sich von diesem elenden Kompromiß lösen.

Erzberger.

Frankfurt a. M., 8. Febr. Die „Frl. Ztg.“ schreibt: Auf die verhängnisvolle Tätigkeit, die der Staatssekretär Erzberger als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission geleistet hat, hat jüngst die „Frankfurter Zeitung“ in einem Artikel nachdrücklich hingewiesen. Die „Kreuzzeitung“ hat, ohne ein eigenes Wort hinzuzufügen, also zustimmend, diesen Artikel abgedruckt, und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ verlagern, daß Herr Erzberger von der Nationalversammlung zur Rechenschaft gezogen werde. Heute schließt sich an die „Sollische Zeitung“ dem Widerspruch gegen die Erzbergerische Tätigkeit an. Sie erwähnt, daß die abtrünnige Haltung des Bestrems gegen die Zulassung einer elssässischen Delegation zur Nationalversammlung auf den Einfluß Erzbergers zurückzuführen sei, der als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission davon eine Erschwerung der Verhandlungen mit den Franzosen befürchtete und sie jätigt hinzu:

Daß Deutschland durch die eigenartige Methode der Waffenstillstandskommission, die bereits vor der Geschichte eine merkwürdige Rolle spielen wird, beim finanziellen Wiederaufbau aufs Schwereste geschädigt, seiner Handelsflotte verlustig gegangen ist und kaum noch ein paar unabhängige Lokomotiven besitzt, müßte eigentlich die Nationalversammlung veranlassen, sich wie ein Mann dagegen aufzuheben, daß auch noch der Geist dieser Kommission sich bei Entscheidungen geltend macht, die nur durch nationale Erwägungen beeinflußt werden dürfen. Das Reich hat das Selbstbestimmungsrecht der Elssässer verloren. Die Elssässer sollten in unerbittlicher, steter Abkündigung sich entscheiden dürfen, wozu sie gehören wollen. Aber gerade weil die herrschenden Klassen Frankreichs heute bereits sich gewöhnen, vor der ganzen Welt so zu tun, als ob Elssässer schon zu ihnen gehöre und die Sympathien der gesamten elssässischen Bevölkerung auf fran-

zösischer Seite fländen, wird es ein zwingendes Gebot nationaler Selbsterhaltung für Deutschland, zu beweisen, daß die Lage durchaus nicht so zweifelhaft ist, und daß es eben erst der Abstimmung bedarf, um den Mehrheitswillen des elssässischen Volkes endgültig festzustellen, und schließlich würde die Nationalversammlung auch in diesem Sinne entscheiden. Aber die elssässischen Kompromittierten bemühen sich bereits, die Frage gar nicht erst vor das Plenum zu bringen, sondern hinter den Kulissen Kompromißformen zu finden, die aus einer imposanten Rundgebung einen schwachen Protestheraus machen werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, 10. Februar 1919.

Kriegsverluste.

Die württ. Verlustliste Nr. 745 verzeichnet: Röhler, Friedrich, 12.9.85, Teinach, infolge Verwundung gestorben. Götter, Otto, 10.2.89, Gedingen, schwer verletzt. Stanger, August, 13.12.78, Rechingen, schwer verwundet. Raupp, Friedrich, 17.7.99, Schapfisch, infolge Verwundung gestorben. Gehron, Gustav, 12.7.99, Hof Dide, vermißt. Müller, Georg, 19.4.92, Simmersfeld, leicht verwundet. Braun, August, 23.9.88, Dorfhäuser, infolge Krankheit gest. Luz, Carl, 2.8.84, Unterthalheim, leicht verwundet. Krzer, Albert, 18.7.98, Altburg, leicht verwundet. Schmid, Christoph, 31.7.98, Unterjesingen, infolge Verwundung gest. Henze, Martin, 28.5.84, Münderbach, leicht verwundet. Engelbald, Emich, 19.5.98, Unterjesingen, schwer verwundet. Wollenkamp, Otto, 15.5.98, Bismarcingen, leicht verwundet. Eisenfels, Friedrich, 8.7.97, Eslingen, leicht verwundet. Soaimüller, Paul, 22.2.97, Wittenfels, vermißt. Schmidt, Walter, Ein. d. R., 26.2.89, Ragold, verwundet. Warzandt, August, 6.12.98, Ruppingen, tödlich verunglückt. Walter, Gottlob, 5.4.99, Zavelstein, tödlich verunglückt. Schirmer, Otto, Ein. d. R., 19.2.95, Eslingen, l. arm. d. r. Kr. Koch, Michael, 24.9.81, Eslingen, schwer verwundet.

Hebertragen wurde vom Evang. Oberschulrat eine ständige Lehrstelle in Heddingen O.A. Ebnathal dem Hauptlehrer Kläger in Ragold unter gleichzeitiger Bestellung zum Volksschullehrer.

Dienstverbedigung. Bewerber um die ständige Lehrstelle in Egenhausen O.A. Ragold haben sich bis zum 1. März 1919 bei dem Co. Oberschulrat zu melden.

Vom Rathaus. In der Gemeinderatsitzung vom 5. ds. wurde Friedrich Käpfer, Strimbauer hier unter 3 Bewerbern zum Stadtmoblschützen gewählt. — Schuldiener Hatz in dem Refektorium freigegeben worden und hat den städtischen Dienst wieder aufgenommen. Im zurückgegebenen städtischen Gewerkschaftshaus sollen die notwendigen Instandsetzungsarbeiten vorgenommen und das ganze Haus gründlich gereinigt werden. — Für die Entwertung von 2 Hufen an der Schwelkestraße verlangt jeder der 3 hiesigen Polonistartikeln 616 A 80 A, die genehmigt werden. — Die Anstellung des Post Stühler, Kaufmanns von hier als Hilfskraft am Stadtschulinspektorsamt in erster Linie zur Versorgung von Lebens- und Futtermittelgeschäften wird genehmigt. — Bern. Konf. Sinne ist ausgetreten, um die Dienstprüfung abzulegen. — Die Landesversorgungsstelle bringt mit allen Mitteln darauf, daß auch in hiesiger Stadt die Fleischmisch von den Rugschlagern an eine Sammelstelle abgeliefert wird, von wo aus die Verbraucher die Misch abholen können. Die Neuordnung soll nun bis März durchgeführt sein. Zu diesem Zweck werden als Vertrauensmann Ludwig Heisterich Rapp und als Mitglieder des Mischsausschusses Gemeinderat Kauter, Landwirt Heinrich Mayer und Landwirt Schmidt z. Köthenhöhe bestimmt.

Militär- und Veteranenverein. Die gestrige nachmittag im Laubersaal abend wurde eine allgemeine Versammlung mit mäßigem Besuche. Nach einer eingehenden Ansprache des stellv. Vorsitzenden Kam. Kaufmann Wacker, gab der Kassier, Kam. Kaufmann Kauter einen Rechenschaftsbericht, nach dem die Einnahmen 638.31 A, die Ausgaben 616.68 A, mithin bleibt ein Bestand von 21.66 A. Der Verein hat ein Guthaben bei der Sparkasse mit 521.80 A. Relegationsfonds hat er 800 A gezeichnet. Zusammen beträgt das Vermögen 1343.46 A. Aus dem Jahresbericht, der vorgelesen wurde, entnehmen wir u. a. folgendes: 16 Beerdigungen von Kriegern hies. Lazarette wurden im vergangenen Jahre vorgenommen. Für 287 A wurden im Jahre 1918 Leibesgaben gekauft, in den Kriegsjahren insgesamt für 1547 A. Für 33 verfallene und gefallene Kameraden wurde im ganzen 1650 A Sterbegeld bezahlt. Der alte Vorstand und Ausschuß hatte seine Ämter niedergelegt mit dem Wunsche, diese Feldjugendkameraden zu übertragen. In geheimer Wahl wurde Kam. Oberbürger Birk (erster), Kam. Wachtmeister Ziegler (zweiter) Vorführer. Schriftführer Kam. Lenz. Durch Akklamation wurde der frühere Kassier Kam. Kauter wiedergewählt. In den Anschlag wurden folgende Kameraden gewählt: Schäfer, Heller, Duh, Deugel, Gabel, Gauß und Kempf. Als Gewählten nahmen die Wahl an. Bezirksobmann Abg. Schäfer trat mehrmals das Wort, verlas u. a. einen Aufruf des Präsidiums des Landesverbands an die Kriegsteilnehmer, der Aufforderung über die Wahl eines Vizepräsidenten für den Bezirk, die Bezirkskassierstelle, und ermahnte zu kräftiger Mitarbeit für den Verein. Warme Worte fand er für den früheren Protektor, das jetzige Mitglied des Landesvereins, den früheren Rößig von Württemberg, Kam. Birk dankte dem alten Vorstand für seine in der Kriegszeit geleistete Arbeit und versprach, den Verein weiter würdig auszubauen. Kam. Wacker schloß, da Anträge nicht vorlagen, mit Dankworten die Versammlung.

Reicher Schneefall. Eigenartige Witterung herrschte in dieser Woche. Nachdem am Dienstag die Schneedecke sich ein wenig vermindert hatte, schloß am Mittwoch die



endes Gebot
zu beweisen,
el N, und
den Rege-
llig fest-
nung auch
Kompro-
nicht erst vor
den Kullissen
imposanten
chen werden.

bruar 1919.

net:
ng gestorben.
bet,
ng gefahren.
krankheit gef.
undung gef.
bet.
det.

ermundet,
glückt.

h. a. Sr.

chulrat eine
nfalli dort
gezügelter Be-
ndige Behr-
sch bis zum
elden.

eratsjg-
inhauer hier
gemöhlt. —

freigegeben
ngenommen.
sollen die
men und das
für die Ent-
erlangt jeder
die geneh-
mther, Kauf-
mlihererant
und Futter-
und Sinner
— Die
in darauf,
den Ruh-
von wo aus
De Neuvor-
Zu diese
her Delirium
Gemeinderat
mit Schmit

Die großen
einmütigen
sprache bis
er, gab der
denkmalde-
31 A, die
bestand von
er Erwerbe-
300 A ge-
1343 46 A.
entnommen
legten bis
genommen.
den gekauft,
Für 33 ver-
im ganzen
d und Wan-
m Wünsche,
In geheimer
ster), Kom.
Schriftführer
ihre Kosten
auf wurden
ng, Seufz,
nahmen die
rorst meh-
B Affens
ab Auffgang
Bezirk, die
Werarbeit
den stilleren
ereins, dem
Birk dankte
ell geleistet
rüg ausge-
ht vorlagz.

ung herrliche
Schneedecke
Nittwoch die



Sonne im vollen Frühlingspracht herleuchtet. Der Schnee
schmolz zusehends zusammen, die Schlittenbahn war stark
gefährdet. Doch gegen Abend legte Frost ein, der gegen
Mitternacht einen starken Schneefall brachte. In
der Frühe des 6. Februar lag dann der Schnee überall
mehr als 0,20 Meter hoch. An diesem Tag war das
Wetter gerade zu mild und erst am Freitag früh wehte
ein kräftiger Ostwind, der erwarten läßt, daß das kalte
Wetter und die Schneedecke länger anhält. — Aus ganz
Bogen wird vom 6. da früh starker Schneefall gemeldet;
nur im Bodenseegebiet sind am 6. da früh Regenfälle
vorgekommen, aus denen man schließen konnte, daß mit
einem Witterungswandel gerechnet werden muß. Allein
zur Zeit ist es sehr kalt.

Große Kälte. Ueber Nacht ist nur der Winter mit
aller Strenge eingesetzt. Der vom Landmann ersehnte
Schnee liegt jetzt in reichlicher Fülle in Wald und Feld
und deckt schützend unsere Saat. Die Sorge, als ob die
Sonne den Schnee zum Schmelzen bringen könnte, ist seit
heute Nacht verschwunden. Schon gestern Abend hat große
Kälte eingetroffen. Wir verzeichnen folgende Kältegrade (nach
Celsius): Stuttgart 8, Friedrichshafen 8, Konstanz 10,
Freudenstadt 12, Ellwangen 10, Heidenheim 12, Biberach
15, Sigmaringen 11, Ebingen 11.

Einstellung von Militärpersonen zur Arbeit.
Arbeitgeber dürfen Militärpersonen nicht ohne ausdrückliche
für den Einzelfall auszustellende schriftliche Genehmigung
ihrer militärischen Dienstbehörde zur Arbeit annehmen.
Geben in Uniform befindliche Personen an, daß sie aus
dem Heeresdienst entlassen sind so hat sich der Arbeitgeber
zu vergewissern, ob der vorzuliegende militärische Entlassungs-
schein ordnungsmäßig ausgestellt ist. Arbeitnehmer sind
verpflichtet, sich dem Arbeitgeber gegenüber durch ihre
Schriftstücke auszuweisen. Zuwiderhandlungen sind straf-
bar.

Erwerbslosen-zählung. Nach dem Bericht des
württ. Landesamts für Arbeitsvermittlung wurden auf 29.
Januar von den 64 Oberämtern des Landes 25825 Er-
werbslose gemeldet, die sich auf 13905 Männer, 8918
Frauen und 3002 Jugendliche verteilen. Die Stadt Stutt-
gart mit 11171 Erwerbslosen steht an der Spitze, an
zweiter Stelle steht das Oberamt Göppingen mit 2318
Erwerbslosen und an dritter Stelle das Oberamt Böblingen
mit 1570 Erwerbslosen. Nach der Berechnung kommen
auf 100 offene Stellen für Männer 818 und für Frauen
441 Stellungsangebote.

Schwabendruck. Einem Rundschreiben des Schwab-
endendens an die Bezirksauschüsse, Bezirkschulinspektoren
und Schulen entnehmen wir folgendes: Die Landhebesamm-
lung ergab 65000 Zentner Trockenlaub. In 7 Monaten
wurden 90000 Flaschen gesammelt. Ferner wurden auf-
gebracht 450000 Kilogr. Papier, 26000 Kilogr. Kupfer-
blech, 700 Kilogr. Frauenhaare. Dazu kommen große
Mengen Spinnmasse, Kork, Gummi, Knochen u. a. Der
Wert der angeführten Waren war sehr groß. In kleinen
ländlichen Oberämtern teilweise über 40000 A.

Rechtspflege. Die Gesamtzahl der bei den württ.
Gerichten zugelassenen Rechtsanwältinnen betrug nach dem
Stand vom 2. Januar 359, was gegenüber dem 2. Jan.
1918 eine Abnahme von 26 Rechtsanwältinnen bedeutet. Bei
dem Oberlandesgericht sind zugelassen 66, bei den Land-
gerichten in Stuttgart 111, in Heilbronn 24, in Tübingen
24, in Rottweil 25, in Ellwangen 18, in Hall 13, in Ulm
41, in Ravensburg 30, dazu kommen 7 Notare, die nur
bei Amtsgerichten zugelassen sind.

Ver schwundene Truppteile. Wie aus einer
Mitteilung des Felds. Kommandos des 18. Arme-
korps in Frankfurt a. M. hervorgeht, sind bei der Demob-
ilisierung zwei Truppteile spurlos verschwunden. Es
sind dies die Armierungskompanie V 87 und das Land-
farmbataillon XVIII 3, die trotz ausgedehnter Nachfor-
schungen auch bei den Kriegstruppteilen nicht mehr zu finden
waren. Sie liefen voraussichtlich auseinander und sind
„zu Muttern“ gegangen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Handwerkammer Neutlingen. Der geschäfts-
leitende Beamte der Handwerksammer Neutlingen
Syndikus Hermann wird während der
Tagung der Nationalversammlung in der Führung der
Kammergeschäfte durch Sekretär Eberhard vertreten. Zu-
dem wird Abgeordneter Hermann in ständiger Fühlung
mit der Handwerksammer stehen und die Wünsche des
Handwerks bei den zuständigen Rechtsstellen persönlich
vertreten.

Allgemeine Lehrer-versammlung.

Krieg und Revolution beeinflussen in hohem Maße
auch das Berufsleben. Vor allem machen sich in dieser
Hinsicht Bestrebungen geltend, die darauf abzielen, mög-
lichst große Verbände zu schaffen, die alle diejenigen um-
fassen, die auf demselben Arbeitsgebiete tätig sind. Das
württ. Lehrervereinwesen war letzter gekennzeichnet durch
eine weitgehende Zersplitterung. Darum soll versucht
werden, alle Lehrervereinigungen umschmelzen der Eigenart
und möglichst Selbständigkeit der Einzelvereine zusammen-
zufassen zu einem Lehrerbunde. Als erster Schritt zu
diesem Ziele wird am Donnerstag, den 13. Februar, nachm.
2 Uhr im Saale des Stadtparkes in Stuttgart eine große
von sämtlichen Lehrervereinigungen gemeinsam veranstaltete
Versammlung stattfinden. Ministerialrat Dr. Reinhold
Stuttgart und Dr. Deukler, Dozent für Pädagogik
an der Universität Tübingen, haben Vorträge gehalten.

Perreuberg. Aus dem Bezirkskrankenhaus ist
ein wegen Nervenreizung Hilfling stehender Kranker
entwichen und hernach verunglückt gefunden worden.

Wöblingen. Die Stadtgemeinde hat an die
Architekten und Ingenieure eine Einladung ergoßen lassen,
sich um Wettbewerb zur Erweiterung des Stadthausplans
zu beteiligen, wozu 10000 A als Preis ausgesetzt wurden.
— Die Gemeinde Naachtal hat den ausmarfcherten
Kriegern 20000 A als Zeichen des Dankes ausbezahlt
lassen.

Von der Gnz. In der Wirtschaft von Wöhrle
in Plochingen, hatte sich eine richtige Silber-„Welle“ auf-
geschlagen. Mehrere Diebe brachten dort das aus Elbener-
fabriken durch Einbruch und Diebstahl gestohlene Edelmetall
zusammen und ließen es durch ihre Helfer verkaufen. Die
Diebe verkauften das Gramm zu 7 Pfennig, die Helfer
für 16—17 Pfennig. Das Gericht erteilte jedoch die
Banke, soweit sie nicht amnestiert ist, ab. Der 18 jährige
Former Franz Allgeier erhielt 2 Jahre Gefängnis, Wil-
helm Wöhrle 1 Jahr, 3 Monate Zuchthaus, Heinrich Schütte
1 Jahr Zuchthaus, Friedr. Diez von Arnbach bei Neuen-
bürg 1 Jahr Zuchthaus, Emil Roser 4 Monate Gefängnis,
Wilhelm und Eugen Sommer 3 und 2 Mon. Gefängnis usw.

Stuttgart. Die im Bürgermuseum haltgefundene
Landesversammlung war aus dem ganzen Land zahlreich
besucht. Nach in Kommandant v. D. Müller über den
Einfluß des neuen Steuergesetzes auf die Landwirtschaft
berichtet hatte, ging der Vorsitzende, Ortsbürger Adorno
auf die Ziele des Verbandes und den Verlauf der Tagung
der Vertreter der landwirtschaftlichen Bezirksvereine vom
4. ds. Mts. ein: Der Bauer verlange gebieterisch nach
einem Zusammenschluß aller Landwirte, nach neuer Organi-
sation und neuer Führung. Dem Verband gehen idealisch
Zustimmungserklärungen aus dem ganzen Lande und über-
all überaus viele Ortsgruppen und würden Mittel zur Ver-
sicherung gestellt, um eine unabhängige Organisation zu
schaffen. Der Verband stelle sich nicht in Gegensatz zu
den Bezirksvereinen und zur Zentralstelle. Die Verlesung
dieser Beschlüsse erregte auf den Standpunkt des Neubaus
und brachte zum Ausdruck, daß das Land eine tatkräftige
Weiterarbeit des Verbandes fordere.

Stuttgart. In der Sitzung der württ. Landes-
versammlung am 28. Januar hat der demokratische Abge-
ordnete Brudmann-Hellbronn u. a. auch über die Kriegs-
ursachen, das Kriegsende und über die Unternehmungen ge-
sprochen und dabei folgendes gesagt: Als Krieg vor dem
Zusammenbruch die innere Front bilden wollte, da sagte er
zu den von ihm Eingeladenen: Merken Sie nicht, daß meine
ganze Politik England gegenüber Bluff gewesen ist und
Bluff sein muß? Die Süddeutsche Zeitung hat daraufhin
Erkundigungen eingeleitet, worauf Geheimrat
Professor Dr. Dietrich Schäfer, dem Blatt zufolge, folgen-
des schrieb: „Was Brudmann sagte, ist von Anfang
bis zu Ende erlogen.“ Er fügt hinzu, daß er überhaupt
nie eine solche Äußerung von Tirpitz gehört habe und
übergengt sei, daß Tirpitz nie eine solche getan habe.

Stuttgart. Der Ausschuß der Landesversammlung
für das Gemeindevahlrecht, hielt heute Nachmittag seine
erste Sitzung in Anwesenheit des Staatsmin. Dr. Lindemann
und Staatsrat Michel ab. Berichterstatter Dr. Wählber-
ger (DVP) beantragte zu Art. I, Abs. 2 des 20. Lebens-
jahres das 21. Lebensjahr für das Gemeindevahlrecht zu
bestimmen. Dieser Antrag wurde mit 15:9 Stimmen (5.)
angenommen, nachdem ein Antrag Roth (D.V.), das 24.
Lebensjahr festzusetzen mit 20:4 Stimmen (3.V.) abge-
lehnt worden war. Ein Antrag Engelhardt (USP) die
württembergische Staatsangehörigkeit nicht vorzuschreiben,
wurde mit 15:6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen ab-
gelehnt. Hierauf wurde ein Antrag Hanzer und Gen. (3.),
welcher für die Gemeindevahlberechtigten vorschreibt, daß
die seit 6 Monaten ihren Wohnsitz im Gemeinde- oder
Landgemeinbezirk haben müssen, wurde mit 14:9 bei 1
Enthaltung angenommen. Ein Antrag Engelhardt (USP),
welcher für die Wahlberechtigten in den Gemeinderat das
20. statt das 25. Lebensjahr fordert, wurde mit 23:1
Stimmen abgelehnt. Das Resolutions Hanzer und Gen. (3.),

welcher die Regierung ersucht, dafür besorgt zu sein, daß
Anträge auf Erneuerung der württembergischen Staatsan-
gehörigkeit, die mit Rücksicht auf die bevorstehenden Ge-
meinderatswahlen eingereicht werden, von den Behörden
möglichst rasch und entgegenkommend erledigt werden, wurde
einmütig angenommen. Ferner wurde ein Antrag Dipp (3.)
und Gen., wonach Art. 26, Abs. 4 und Art. 100, Abs. 2,
Satz 3, der Gemeindeordnung aufgehoben werden sollen,
samt einschlägige Annahme. Daraus können Gemeindevor-
stände und Unterbeamte ohne Rücklegung ihres Amtes in
den Gemeinderat eintreten. Die Aufhebung des Bürger-
ausschusses wurde entsprechend dem Entwurf einstimmig
beschlossen. Die weitere Beratung des Entwurfes wird
morgen fortgesetzt.

Stuttgart. Im Kunstgebäude hatten sich gestern
Abend viele Kunstfreunde und Kunstfreunde eingefunden,
um die Frage zu behandeln, welche Stellung das Landes-
theater im neuen Volksstaat einzunehmen habe. Es sprachen
Kunstschritsteller Kühn und Spielleiter Dr. Hörth, Dr.
Schwammberger verlas dann folgende einstimmig angenom-
mene Entschliessung: „Die stark besuchte Volksversamm-
lung im Kunstgebäude sieht im Landestheater die würdige
Kunststätte Württembergs und verlangt seine Unterhaltung
durch die Allgemeinheit. Nach eingehender Erörterung aller
Verhältnisse hält sie einen von Staat und Stadt in ange-
messener Verteilung zu leistenden jährlichen festen Zuschuß
für unbedingt notwendig. Sie fordert diesen Zuschuß zur
Ermöglichung dauernder künstlerischer Höchstleistungen des
Theaters und zur Verbilligung der Eintrittspreise.“

Eingefandt.

Für Nagold — keine Hülsenfrüchte!

Seit 4 Jahren kamen hier keine Hülsenfrüchte mehr
zum öffentlichen Verkauf oder zur Verteilung und die hiesi-
gen Einwohner kennen diese Gemüse nur noch dem Na-
men nach. Die hiesige Bezirksversorgungsstelle gedenkt
aber trotzdem in einigen Tagen einen Eisenbahnwagen
wahrscheinlich an einen Brackler auszuführen. Natürlich
nur im Interesse des Volkswohles! Ist dies nicht der
Spiegel der Lebensmittelversorgung? Wie bekannt ist, waren die
Hülsenfrüchte während des Krieges in der Hauptsache nur
für das Heer beschlagnahmt. Dies war zu billigen. Der
Krieg ist aber jetzt vorbei und wenn die Bestimmungen
noch bestehen sollte, so ist sie teuf, in den Papierkorb ge-
worfen zu werden. Wer soll die Hülsenfrüchte bekommen?
Wahrscheinlich solche, die mehr bezahlen können oder wollen
als die Nagolder. Haben denn wir nicht in erster Linie
Anspruch auf das was im Bezirk wächst? Durch eine
derartige Entziehung von Lebensmitteln wird der Keim zum
Schleichhandel in größter Form gelegt.

Was ist eigentlich der Kommunalverband oder die
Bezirksversorgungsstelle? Eine Handelsorganisation? — Die
Bezirksversorgungsstelle ist doch entstanden um für die Be-
zirksangehörigen die erforderlichen Rohmaterialien zu an-
nehmen, zu beschaffen und überhaupt Nahrungs-
mittel in ausreichendem Maße für den Bezirk sicher zu
stellen. Darin sollte sie auch ihre vornehmste Aufgabe er-
füllen und keine Überschüsse auf Kosten der Reichsprodu-
zenten machen. Da braucht man sich doch nicht zu wundern,
wenn alles „Selbstverlorer“ wird und Besitz Besitz
sein läßt. Hier gehört der Hebel angesetzt, nicht bei einer
armen Kleingewinn, die einige Hund Linsen oder 1/2 Dutzend
Eier hamstert und dabei erwacht wird. Wie lange wollen
wir uns denn eine derartige Behandlung von einigen Leuten
erlauben lassen. Hat denn nicht jeder das Recht im neuen
Staat mitzusprechen? 95% kämpfen, aber wenige haben
ein freies Wort. Die meisten haben durch den Krieg und
seinem Zusammenbruch überhaupt nichts gelernt. Nach-
käufer und alles in Sommer Demut Anbiedernde bilden die
Mehrzahl. Bei uns gibt es nachdem nur noch 2 Arten
von Menschen, solche die reiten und solche die geitlen
werden. Freie, gerecht handelnde Männer heraus! Ein
freies Wort im freien Staat!

Wir bitten nicht, sondern wir verlangen und zwar
sofort, daß die Hülsenfrüchte hier verteilt werden und
in Zukunft den Reichsproduzenten des Bezirks mehr
Rückgang getragen wird. Dies ist aber nur möglich,
wenn die Zusammenlegung des Bezirksrates der Neuzeit
entsprechend geschieht, weniger Redewörter mitprechen und
auf der Bezirksversorgungsstelle ein gründlicher Personal-
wechsel vorgenommen wird. Nur eine Mutter kann mütter-
lich denken. Nicht der Geldsack allein soll herrschen, son-
dern neben und mit ihm die produktive Arbeit.

Letzte Nachrichten.

Erwerbslosen ist durch Regierungstruppen, wie amlich
bekanntgegeben wird, beschert worden. Die Besetzung ge-
schah komplot.

Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs-
und Zivilgefangenen hat durch General v. Hammerstein der
französischen Wasserstrafkammer seinen Dankbriefen
überreichen lassen. In einer besonderen Note fordert der
General von der Entlassung aus Gefängnis der Menschlichkeit
baldige Heimsendung der Gefangenen.

Wie in parlamentarischen Kriegen verläuft, ist eine
Merkmal, bestehend aus Mehrheitslogikdemokratie, Demo-
katie und Zentrum, gebildet worden. 7 Rechte Parteien
sollen der Sozialdemokratie, 4 der Demokratie und 4 dem
Zentrum zugehen. Ebenso soll bei Besetzung des Landes-
parlamentes im gleichen Verhältnis verfahren werden.



